

# Schul|Bank

Informationsdienst für Schule und Lehrer

08/2010

*SCHUL/BANKER – Das Bankenplanspiel*

## Die Anmeldung für die Runde 2010/2011 läuft

Bald ist es so weit: SCHUL/BANKER, der Schülerwettbewerb des Bankenverbandes, startet in die Runde 2010/2011. Mehr als 50.000 Schülerinnen und Schüler haben inzwischen bei diesem spannenden Bankenplanspiel mitgemacht. Sie haben dabei im Team das Management einer virtuellen Bank übernommen und eine Vielzahl geschäftspolitischer Entscheidungen getroffen.

SCHUL/BANKER wird über zwei Runden gespielt: Die Vorrunde beginnt nach den Herbstferien und dauert bis Mitte Februar. Danach stehen die 20 Teams fest, die es ins Finale geschafft haben. In einer dreitägigen Präsenzveranstaltung tragen sie dort einen spannenden Wettbewerb um die ersten drei Plätze aus. Anschließend findet die festliche Preisverleihung in Berlin statt.

Bei all dem lernen die Schülerinnen und Schüler die Aufgaben und die Funktionsweise einer Bank kennen, sie recherchieren selbstständig Informationen, um sich ein fremdes Fachgebiet zu erschließen, und sie trainieren die Zusammenarbeit im Team.

Für alle, die in diesem Jahr gerne mitmachen möchten: **Anmeldeschluss ist der 30. September 2010.** Am besten und einfachsten erfolgt die Anmeldung online unter [www.schulbanker.de](http://www.schulbanker.de). Hier gibt es alle Informationen zum Wettbewerb, eine Präsentation des Planspiels, begleitende Unterrichtsmaterialien für Lehrerinnen und Lehrer zum Download und anderes mehr. Teilnehmen können alle Schülerinnen und Schüler, die ein allgemeinbildendes Gymnasium oder eine Gesamtschule ab Jahrgangstufe 10 besuchen. Ebenso sind alle Realschülerinnen und Realschüler der Stufe 10 zum Mitmachen herzlich eingeladen.

Übrigens: SCHUL/BANKER ist in diesem Jahr mit dem Comenius-Siegel ausgezeichnet worden. Bei dieser Auszeichnung handelt es sich um ein Qualitätssiegel, das von der Gesellschaft für Pädagogik und Information e. V. (GPI), einer wissenschaftlichen Fachgesellschaft für Mediendidaktik und Bildungstechnologie, für pädagogisch, inhaltlich und gestalterisch besonders wertvolle didaktische Multimediaprodukte vergeben wird. ■



**SCHUL|BANKER**  
DAS BANKENPLANSPIEL

LEKTÜRE-TIPP



**Kai A. Konrad/Holger Zschäpitz: Schulden ohne Sühne? Warum der Absturz der Staatsfinanzen uns alle trifft, Verlag C. H. Beck, München 2010, 240 Seiten, 19,95 Euro.**

Wer sich umfassend über das Thema Staatsverschuldung informieren, dabei intellektuell anregend unterhalten werden möchte, dem sei die Lektüre dieses Buches empfohlen. Den beiden Autoren, der eine Direktor am Max-Planck-Institut für Geistiges Eigentum, der andere leitender Wirtschafts- und Finanzredakteur bei der Tageszeitung „Die Welt“, gelingt es auf hervorragende Art und Weise, einem vermeintlich drögen Thema viele interessante Aspekte und Zusammenhänge abzugewinnen. Dabei darf sich der Leser mit den unterschiedlichen Dimensionen dieses Themas auseinandersetzen: mit einem Lagebericht zur Staatsverschuldung, der zugleich einen Ausflug in die bundesdeutsche Finanzgeschichte darstellt; mit den eigentlichen Ursachen und Hintergründen dieses Dauerphänomens und natürlich auch mit Strategien zum Abbau der Verschuldung und den damit verbundenen Schwierigkeiten. ■

## Mehr öffentlich Bedienstete

Erstmals seit der Wiedervereinigung ist die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gestiegen. Ende Juni wurden rund 4,5 Millionen Angestellte und Beamte gezählt – 42.500 oder knapp ein Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Das sei der erste Zuwachs seit 1991, teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. Seither waren mehr als zwei Millionen Stellen weggefallen, davon knapp die Hälfte durch die Privatisierung von Bahn und Post. Einen Stellenaufbau gab es jetzt vor allem in der Kinderbetreuung, bei der Arbeitsagentur und in Hochschulen, wobei insbesondere die Zunahme befristeter Arbeitsverhältnisse für die Trendwende verantwortlich war. Weniger Personal gab es 2009 in anderen Bereichen: So wurden kommunale Krankenhäuser privatisiert, wodurch die Beschäftigten nicht mehr zum öffentlichen Dienst gehören. Auch der Bund zählte weniger Mitarbeiter, nicht zuletzt durch den Stellenabbau in der Bundeswehrverwaltung. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der Angestellten um 1,5 Prozent auf rund 2,7 Millionen. Bei Angestellten mit Zeitverträgen gab es ein Plus von 35.300 oder 10,6 Prozent, während die Zahl der Beamten und Richter um 0,1 Prozent auf rund 1,7 Millionen zunahm. ■

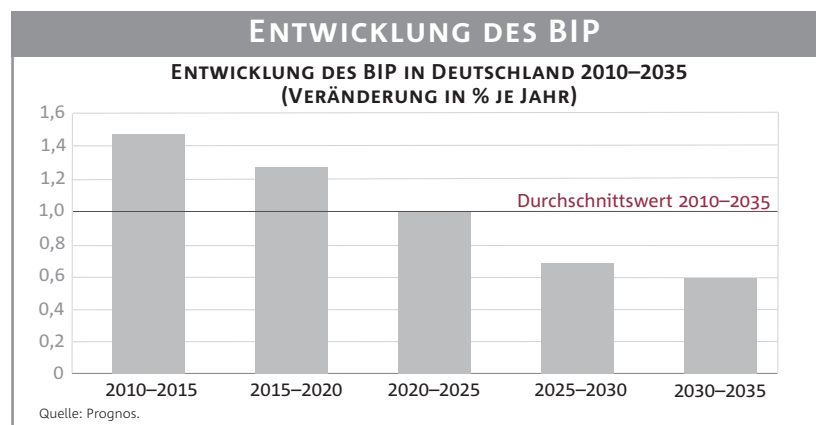
## Weniger Menschen – weniger Wachstum

In seinem „Deutschland-Report 2035“ hat das Baseler Institut Prognos umfangreiche Analysen zur zukünftigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik angestellt. Dabei wurden u. a. die demografische Entwicklung und ihre Folgen für Wirtschaftswachstum und soziale Sicherung unter die Lupe genommen. Ergebnis: Ohne längere Lebensarbeitszeiten, eine höhere Erwerbstätigkeitsquote und sinnvolle Bildungsinvestitionen wird das heutige Wohlstandsniveau kaum zu halten sein. Doch selbst im günstigsten Fall würde die deutsche Wirtschaft bis zum Jahr 2035 nur noch um 1,2 Prozent wachsen. Insbesondere die Erwerbstätigenquote, also der Anteil der arbeitsfähigen Menschen zwischen 20 und 65 Jahren, der einer Arbeit nachgeht, müsse hierfür gesteigert werden: von heute 75 auf dann 83 Prozent.

Was die Bevölkerungsentwicklung an-

belangt, so erwarten die Autoren der Studie einen Rückgang der Einwohnerzahl von heute 82 auf dann 78 Millionen Menschen. Durch Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands wird der Osten deutlich stärker betroffen sein als der Westen. Auch die Altersstruktur wird sich verschieben und zu einer Verringerung der Zahl der erwerbsfähigen Menschen führen. Immerhin: Durch die schrittweise Einführung der Rente mit 67 wird das Ver-

hältnis von Älteren zu Erwerbsfähigen deutlich langsamer zunehmen als dies der Fall wäre, wenn auf eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters verzichtet würde. Insgesamt würden, so Prognos, die sozialen Sicherungssysteme, zu denen die gesetzliche Rente zählt, funktionieren und auch in Zukunft ein stabiles Netz bilden. Mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung aber erwartet Prognos steigende Beiträge, vor allem in der Pflegeversicherung. ■



## Langzeitarbeitslosigkeit im Vergleich

Der Arbeitsmarkt in Deutschland hat die weltweite Wirtschaftskrise deutlich besser überstanden als die meisten anderen OECD-Länder. So hat sich in Deutschland die Lage auf dem Arbeitsmarkt in den vergangenen Monaten weiter entspannt, und die Arbeitslosenquote liegt nun deutlich unter dem OECD-Durchschnitt.

Doch ein Problem besteht weiterhin fort: Trotz einer rückläufigen Entwicklung bleiben in Deutschland Arbeitslose länger ohne Job als in anderen Ländern. Dies geht aus dem OECD-Beschäftigungsausblick 2010 hervor. 2009 waren knapp 62 Prozent der deutschen Arbeitslosen länger als sechs Monate ohne

Beschäftigung (gemessen nach dem internationalen ILO-Standard), 46 Prozent der Arbeitslosen blieben länger als zwölf Monate ohne Anstellung. Innerhalb der OECD war dieser Anteil mit 51 Prozent nur noch in der Slowakei höher. Seit Jahren schon leidet der deutsche Arbeitsmarkt darunter, dass die Arbeitslosenquote unter den Geringqualifizierten vergleichsweise hoch ist und selbst im Wirtschaftsaufschwung bis 2008 nur geringfügig gesenkt werden konnte. Während Arbeitslose mit hoher Qualifikation in der Regel schon nach kurzer Zeit wieder eine neue Arbeitsstelle finden, sind die Geringqualifizierten meist über einen längeren Zeitraum beschäftigungslos. Vorrangige Aufgabe der Politik muss es daher sein, Voraussetzungen für eine höhere Beschäftigungsquote von Niedrigqualifizierten zu schaffen – und zugleich die Anstrengungen im Bildungsbereich weiter zu forcieren. ■



## FINANZMÄRKTE IM BLICK



### Besorgte Blicke nach Amerika

Zuversicht und Skepsis liegen gegenüber an den internationalen Finanzmärkten nahe beieinander. Die Zuversicht speist sich aus unterschiedlichen Quellen. Zum einen sind da die branchenübergreifend guten Unternehmenszwischenberichte in Europa, aber auch in den USA, die die Stimmung an den Aktienmärkten aufgehellt haben. Daneben erfreuen sich speziell die Anleger in Deutschland an den verheißungsvollen Konjunkturaussichten, die der deutschen Wirtschaft prophezeit werden. Wie gut die Stimmung hierzulande ist, zeigten zuletzt der Ifo-Geschäftsklimaindex und der Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe. Und was der deutschen Wirtschaft recht ist, scheint der Weltwirtschaft nur billig zu sein. Ihre Wachstumsprognosen wurden zur Jahres-

mitte vor allem dank der Schwellenländer abermals angehoben.

Doch zur gleichen Zeit richten sich viele besorgte Blicke gen USA, denn immer weiter breitet sich die Furcht vor einer neuen Schwäche der amerikanischen Wirtschaft aus – untermauert durch eher enttäuschende Konjunkturdaten. Insbesondere die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit scheint ein Beleg für die große Last, unter der die US-Wirtschaft noch immer ächzt. Vor diesem Hintergrund zweifeln viele Anleger daran, ob den Finanzmärkten nun wirklich wieder rosigere Zeiten bevorstehen. Denn schwächelnde Vereinigte Staaten, so viel ist klar, würden auch für die Weltwirtschaft und nicht zuletzt die exportabhängige deutsche Volkswirtschaft

nichts Gutes verheißen. Schon jetzt wird der steigende Euro-Kurs von manchen Analysten auf die mögliche Wachstumsabschwächung in den USA zurückgeführt.

Im Dienste der Konjunkturstützung steht derweil weiterhin die amerikanische Notenbank Federal Reserve in Washington. Äußerungen mehrerer ihrer Führungsglieder deuten darauf hin, dass die Fed die wirtschaftliche Entwicklung als außergewöhnlich unsicher ansieht und im Zweifel bereit ist, unterstützend einzugreifen. Diese Unterstützung könnte in zusätzlichen Käufen von Wertpapieren, darunter auch Staatsanleihen, bestehen. Die Europäische Zentralbank hat demgegenüber ihre Käufe von Staatsanleihen in den ersten Juliwochen weitgehend eingestellt. ■



IM FOKUS

## Der Fall Griechenland – Belastung für die Währungsunion III

**Kurz bevor die EU-Mitgliedstaaten Anfang Mai 2010 die Entscheidung trafen, nicht nur Griechenland mit milliardenschweren Hilfen zur Seite zu springen, sondern zugleich ein Rettungspaket über 750 Milliarden Euro für den gesamten Euro-Raum zu schnüren, hatte eine sich über Wochen und Monate zuspitzende Krise ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. Griechenland stand kurz vor der Zahlungsunfähigkeit, andere Mitgliedsländer der EU, vorwiegend aus Südeuropa, drohten in den Sog der griechischen Krise mit hineingezogen zu werden. Die Furcht ging um, der Euro könne dramatisch an Stabilität verlieren und die Währungsunion auseinanderbrechen. Welche tatsächlichen Risiken aber bestanden damals und wie war ihnen am besten beizukommen? War insbesondere das Schreckgespenst Inflation eine begründete Furcht oder eben doch nur ein Schreckgespenst?**

Der vorrangige Auftrag der Europäischen Zentralbank lautet bekanntlich, die Stabilität der gemeinsamen Währung zu garantieren, ein Auftrag, dem sie bislang mit Erfolg nachgekommen ist. Um die Inflationsrate auf unter zwei Prozent zu begrenzen, stehen ihr eine Reihe von geldpolitischen Instrumenten zur Verfügung, mit denen sie die Geldmenge steuern kann. Ein kontrollierter Anstieg der Geldmenge wird dabei als Voraussetzung für einen moderaten Anstieg des Preisniveaus betrachtet. Auf welche Weise hätte nun die überbordende Verschuldung eines Staates der Euro-Zone die Preisstabilität überhaupt in Gefahr bringen können, wo doch die Geldmenge davon nicht unmittelbar berührt war? Eine Entschuldung der Staaten durch eine bewusst herbeigeführte Inflation, wie es in der Wirtschaftsgeschichte immer wieder beobachtet werden konnte, wäre schließlich nur unter Preisgabe der Unabhängigkeit der EZB möglich – was freilich von den Mitgliedstaaten

weder beabsichtigt war noch ist und zweifellos einer Aufkündigung der Währungsunion gleichkäme.

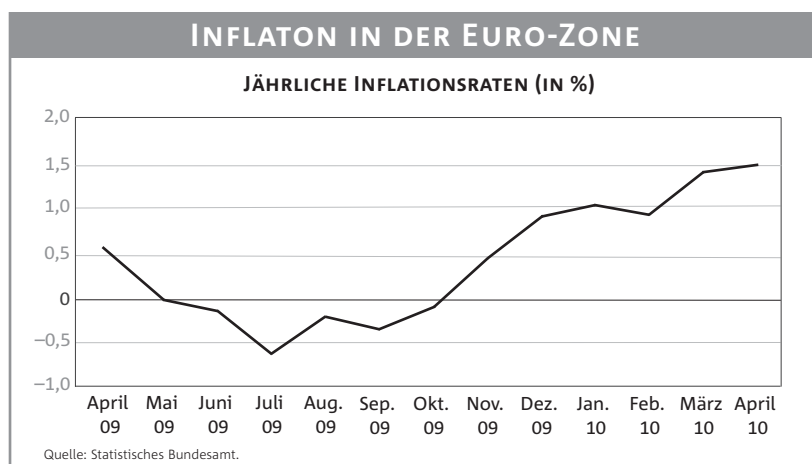
### Staatsverschuldung und Inflation

Der Zusammenhang zwischen einer explodierenden Staatsverschuldung bzw. einem Staatsbankrott und einer höheren Inflation ist ein indirekter. Zunächst hätten die ausufernden staatlichen Defizite im Allgemeinen und die dramatische Schuldenkrise Griechenlands im Besonderen dazu führen können, dass das Vertrauen der internationalen Anleger in den Euro und die Wirtschaftskraft der Europäischen Währungsunion nachlässt – mit der Folge, dass der Außenwert des Euro gegenüber anderen Währungen gesunken wäre. Dies hätte weniger die hiesigen Anleger betroffen: Wer sein Geld in Euro angelegt hat, kann das Auf und Ab der europäischen Gemeinschaftswährung zunächst einmal recht gelassen betrachten – er erfährt hierdurch keine Verluste. Ein sinkender Außenwert der Währung ist allerdings in der Regel mit steigenden Importpreisen verbunden, die sich auf das allgemeine Preisniveau auswirken und zu einer Verteuerung führen können. Zugleich können die infolge der Abwertung verbesserten Exportmöglichkeiten zu einer höheren Kapazitätsauslastung oder sogar zu Produktionsengpässen führen, die dann

wiederum Lohnsteigerungen plausibel und das Auslösen einer Preis-Lohn-Spirale denkbar machen.

Innerhalb eines knappen halben Jahres, zwischen Ende 2009 und Juni 2010, sank der Euro-Kurs tatsächlich von 1,50 Dollar auf 1,20 Dollar – eine Folge auch und vor allem der Griechenland-Krise. Doch war diese Entwicklung wirklich so dramatisch, dass sie massive Gegenreaktionen erforderlich gemacht hätte? Ein signifikanter Inflationsanstieg war bis zur Verabschiedung der Stabilitätspakete nicht erkennbar. Dagegen sprachen neben der geringen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in den meisten Euro-Staaten auch die nicht ausgelasteten Industriekapazitäten. Zudem lag der Euro-Wechselkurs in der Vergangenheit schon einmal deutlich niedriger als im Frühjahr 2010.

Wenn aber offenkundig keine unmittelbare Gefahr für das Preisniveau und den Binnenwert des Euro bestand, warum hätte dann die Währungsunion vor einer Zerreißprobe stehen sollen, wie es oft zu hören war? Warum wurden die beiden Rettungspakete Anfang Mai geschnürt und von den Mitgliedstaaten verabschiedet? Wäre eine offiziell verkündete Zahlungsunfähigkeit Griechenlands mit anschließender Umschuldung nicht auch eine Alternative gewesen?





## IM FOKUS

### Rettungspakete waren notwendig

Hätten die Euro-Mitgliedstaaten auf ein Hilfsversprechen verzichtet und Griechenland somit seine Zahlungsunfähigkeit erklären müssen, wäre ein Präzedenzfall geschaffen worden. Waren zuvor schon Ansteckungseffekte in anderen hochverschuldeten Euro-Ländern in Form steigender Risikozuschläge auf die Verzinsung ihrer Staatsanleihen zu beobachten, so hätte sich der Verkaufsdruck nun, bei einem Zahlungsausfall Griechenlands, noch einmal erhöht und insbesondere die Emission neuer Anleihen erheblich erschwert. Ein Abzug weiteren Kapitals aus der Euro-Zone bis hin zu einer Kapitalflucht wäre die mögliche Folge gewesen. Umschuldungsverhandlungen hätten zudem auch bedeutet, dass die Gläubiger auf einen Teil ihrer Forderungen hätten verzichten müssen. Neben Banken gehören vor allem Pensionskassen und Versicherungen zu diesem Gläubigerkreis. Angesichts der noch immer instabilen Finanzmärkte hätte dies zu weiteren Erschütterungen führen können.

Mit dem Euro-Rettungspaket sollten Spekulationen, andere Staaten würden ihre Schulden nicht bedienen können, von vornherein die Grundlagen entzogen werden. Eines darf dabei allerdings nicht übersehen werden: Die gestiegenen Renditen für Staats-

anleihen sowie die damit verbundenen Zahlungsschwierigkeiten Griechenlands und anderer Euro-Länder sind nicht auf das Werk von Spekulanten zurückzuführen, sondern auf die jeweils hohen Staatsschulden. Diese stellen die eigentliche Belastung für die Währungsunion dar, auch wenn sie nicht unmittelbar preistreibend wirken. Mit jeder Zuspitzung der Finanzierungsprobleme der öffentlichen Haushalte verschlechtern sich die Bedingungen der Unternehmensfinanzierung in den betroffenen Ländern – mit negativen Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung des gesamten Euro-Raums. Der politische Druck auf die Notenbank, die Zinsen möglichst niedrig zu halten, dürfte obendrein zunehmen, je größer die Staatsverschuldung ausfällt.

### Heute und Morgen

Der Glaube an die Stabilität einer Währung muss mühsam aufgebaut, kann aber sehr schnell wieder zerstört werden. Durch die Rettungspakete sollte ein solcher Vertrauensverlust verhindert werden, was auch gelang. Entscheidend hierbei war, dass dem griechischen Staat umfangreiche Konsolidierungsschritte abverlangt werden, damit er zugleich das Kreditversprechen seitens der Euro-Länder (und des IWF) in Anspruch nehmen kann. Bedingungslose Hilfen hätten die Glaubwürdigkeit der Währungsunion zweifellos beschädigt und anderen

Schuldnerstaaten signalisiert, dass sie sich im Zweifel auch ohne eigene Anstrengungen auf die Hilfe der anderen EU-Staaten verlassen können. Angesichts der enormen Herausforderungen, denen sich Griechenland gegenwärtig ausgesetzt sieht, kann ausgeschlossen werden, dass andere Staaten diesem Beispiel nacheifern wollen. Ob der Mittelmeerstaat schließlich wirklich sein Konsolidierungsprogramm wird umsetzen können oder dadurch nicht über Gebühr seine Wachstumskräfte stranguliert, wird die Zukunft zeigen. Einstweilen hat sich die Situation entspannt; nach Inanspruchnahme einer ersten Kredittranche kann Griechenland dank glaubwürdiger Sparmaßnahmen im September mit der Auszahlung einer zweiten Tranche rechnen.

Was die EZB anbelangt, so fasste sie den in der Öffentlichkeit, aber auch unter Experten nicht unumstrittenen Entschluss, an den illiquiden Anleihemärkten Griechenlands, Portugals und Irlands als Käufer aufzutreten, damit der Verkaufsdruck der Investoren nicht immer stärker auf andere Anleihemärkte ausweichen und dort die Refinanzierungsmöglichkeiten unterminieren würde. Dieser Schritt war wohl unvermeidlich, muss aber die Ausnahme bleiben. Bis Ende Juli 2010 hatte die EZB den Kauf von Staatsanleihen auch weitgehend wieder eingestellt.

## FRAGEN UND DISKUSSIONSSTOFF

- Versuchen Sie in eigenen Worten den Verlauf der Griechenland-Krise und ihre Hintergründe zu schildern.
- Wie beurteilen Sie die Rettungspakete für Griechenland und für den gesamten Euro-Raum? Welche Vor- und Nachteile sehen Sie? Recherchieren Sie dazu auch in der Medienberichterstattung.
- Was meinen Sie: Müssen die Regeln der Währungsunion verändert werden? In welche Richtung müssten diese Änderungen gehen? Versuchen Sie, die aktuelle Berichterstattung zu verfolgen.

Für die weitere Zukunft der Währungsunion wird entscheidend sein, inwieweit die EWU-Mitglieder das Regelwerk überarbeiten. Klar scheint, dass Sanktionen gegen Defizitsünder zukünftig schneller und zuverlässiger greifen müssen. Welche Regelungen im Einzelnen schließlich beschlossen werden, ist gegenwärtig noch nicht klar. Klar aber ist schon heute, dass die Griechenland-Krise eine Zäsur für die Europäische Währungsunion darstellt. ■

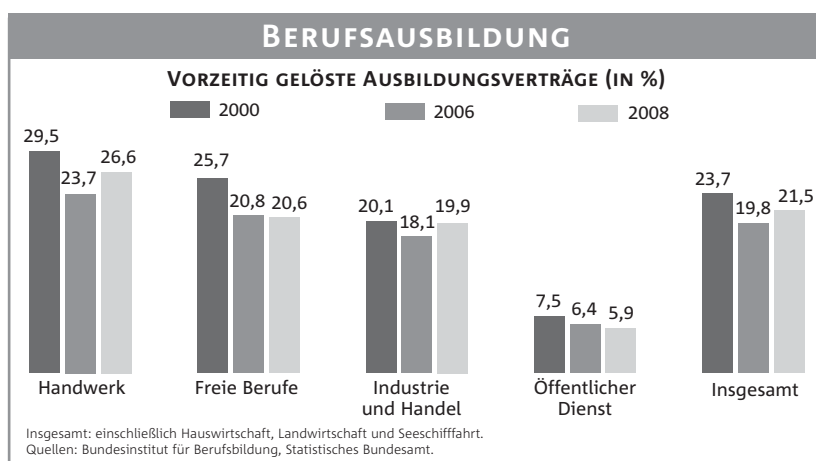
## NÄCHSTEN MONAT IM FOKUS: SÜDAMERIKA AUF DEM VORMARSCH

## Kostenfreie Wirtschafts-Seminare für Lehrer der Sek. I und II

Vom 11. bis 13. Oktober 2010 veranstalten der Bankenverband Hessen und die Frankfurt School of Finance & Management in Glashütten erneut ein dreitägiges Seminar für Lehrer des Faches „Politik und Wirtschaft“ in Hessen. Folgende Themen stehen im Mittelpunkt: **Wieso Wirtschaften, warum Banken und was ist Geld?** (Ökonomische Bildung im Fach „Politik und Wirtschaft“ für die Sek. I) und **Banken & Kapitalmarkt** (Ökonomische Bildung im Fach „Politik und Wirtschaft“ für die Sek. II). Kontakt und Anmeldung: Aylin Ayyildiz, a.ayyildiz@fs.de, Tel.: 069/154008-376. Anmeldeschluss ist der 6. September 2010. ■

## Jeder Fünfte bricht ab

Im Jahr 2008 haben etwa 139.000 junge Leute ihre duale Berufsausbildung und 136.000 die Ausbildung oder Berufsvorbereitung an einer beruflichen Schule abgebrochen. Damit gab mehr als jeder fünfte Azubi bzw. Schüler vorzeitig auf – wobei viele Abbrecher ihr Glück danach in einem anderen Ausbildungsgang versuchten. Gegenüber dem Jahr 2006 hat die Zahl der Abgänger dadurch leicht zugenommen, im Vergleich mit dem Jahr 2000 ist sie etwas rückläufig. Alles in allem werden anhand dieser Statistik die Probleme vieler junger Menschen deutlich, zum einen den richtigen Ausbildungsberuf zu wählen, zum anderen den Anforderungen der Arbeitswelt gerecht zu werden. Hohe Abbrecherquoten gibt es zugleich an den Universitäten: Hier haben laut Angaben des Statistischen



Bundesamtes 27,5 Prozent derjenigen, die im Jahr 1999 ein Studium aufgenommen hatten, die Universität oder Fachhochschule bis zum Jahr 2008 ohne Abschluss verlassen. Besonders prekär

wird die Lage eines jungen Menschen, wenn er die Schule vorzeitig ohne Abschluss verlässt. Dies waren im Schuljahr 2008/09 7 Prozent aller Schülerinnen und Schüler. ■

## Junge Leute bevorzugen die Bank-Filiale zu Hause

Bankgeschäfte online zu erledigen, ist mittlerweile für viele eine Selbstverständlichkeit – gerade für junge Menschen. Gut zwei Drittel der 25- bis 29-Jährigen nutzen den bequemen Weg der Kontoführung von zu Hause aus. Bei den 30- bis 39-Jährigen ist

es immerhin noch mehr als die Hälfte. Das ergab eine repräsentative Umfrage des Bankenverbandes. Bei den Senioren nimmt Online Banking auf der Beliebtheitskala zwar keinen Spitzenplatz ein: In der Altersgruppe ab 60 Jahren wickeln

aber immerhin 14 Prozent Bankgeschäfte wie Kontoabfragen und Überweisungen online ab (siehe Grafik). Insgesamt nutzen 35 Prozent der erwachsenen Deutschen das komfortable und obendrein auch kostengünstige Online Banking. ■

### Impressum

Herausgeber  
 Bundesverband deutscher Banken, Berlin

Verantwortlich  
 Inge Niebergall

Redaktion  
 Dr. Henrik Meyer  
 Annette Matthies (Assistenz)

Anschrift  
 Schul|Bank  
 Postfach 04 03 07 · 10062 Berlin  
 Telefon (030) 16 63-15 21 · Fax (030) 16 63-15 19

Internet  
 www.schulbank.de  
 schulbank@bdb.de

